

Gentechnik durch die Hintertür?

Neue Verfahren, deren Risiken noch nicht absehbar sind, sollen genetisch manipulierte Lebensmittel marktfähig machen. Eine Strategie dabei: die chronische Falschdarstellung von Fakten und die Bagatellisierung der Bedenken von Gentechnik-Gegnern. Auf der Strecke bleiben dabei die Interessen der Verbraucher.

Es schien ein wenig ruhig geworden zu sein um gentechnisch manipulierte Lebensmittel. Selbst die Berichte über die Fusion der Agrar- und Chemo-Riesen Bayer und Monsanto fanden kaum den Widerhall, den das Thema „grüne Gentechnik“ in den Jahren zuvor auslöste, als es noch um TTIP oder um die Zulassung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU ging. Wurde jeder Versuch, den Anbau in der EU zuzulassen oder zu regeln, von großem öffentlichen Interesse begleitet bis hin zu großen Demonstrationen, schien das Interesse hieran inzwischen einigermaßen erlahmt.

Das könnte sich jetzt wieder ändern, denn vermutlich schon bald wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) über die Bewertung des „Genom Editing“ oder Crispr/Cas9 genannten Verfahrens entscheiden. Diese auch als „Genschere“ bekannte Methode soll zuverlässiger als bisher übliche transgene Verfahren sein, wenn es um die Züchtung von Pflanzen auf bestimmte Eigenschaften hin geht. In der sogenannten „roten“ Gentechnik versprechen sich Forscher große Fortschritte etwa bei der Behandlung von Erbkrankheiten – in der „grünen Gentechnik“ dagegen ist unklar, welche Folgen, vor allem für Verbraucherinnen und Verbraucher diese Methode hat, etwa hinsichtlich der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Bestandteilen.

Der EuGH hat zu bewerten, ob durch Crispr/Cas9 gentechnisch veränderte Pflanzen entstehen, obwohl keine artfremden Gene eingeschleust werden. Kritiker befürchten, dass damit „Gentechnik durch die Hintertür“ in der EU zugelassen werden soll. Der zuständige Generalanwalt beim EuGH hat schon mal mit seiner Einschätzung vorgelegt, es entstehe dabei *nicht zwangsläufig* ein gentechnisch veränderter Organismus und begründet das mit der Ansicht, das „GVO-Gesetz“, das die EU 2001 erlassen habe, bezeichne als „gentechnisch verändert“ nur transgene Verfahren. Der Gesetzgeber habe als GVO lediglich einen Organismus mit Ausnahme des Menschen definiert, „dessen genetisches Material so verändert worden ist, wie es auf natürliche Weise durch Kreuzen und/oder natürliche Rekombination nicht möglich ist“. Entscheidend ist hier, ob es schließlich um das Produkt (wie der Generalanwalt meint) geht, oder, wie Kritiker meinen, der Herstellungsprozess im Mittelpunkt steht, demzufolge ein natürliches Produkt nur auf natürlichem Wege ohne Einsatz von gentechnischen Verfahren (durch Selektion oder Kreuzung) entstehen kann.

Folgt der EuGH der Einschätzung des Generalanwalts, wird sich die Pflanzenzüchtung radikal ändern. Ob zugunsten von Landwirten oder Verbrauchern, sei dahingestellt; profitieren könnten dagegen kleine und mittelständische Unternehmen und Labore. Dies eine „Demokratisierung der Genforschung“ zu nennen, wie eine der Entdeckerinnen dieser Methode, Emmanuelle Charpentier, meint, scheint jedoch etwas voreilig.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gewinnt die Vortragsreise von Dr. Steven Druker an Bedeutung, die ihn unter anderem nach Mals sowie weitere Stationen in Bayern führte. Am vergangenen Mittwoch (11. Juli 2018) kam er auf Einladung von Bund Naturschutz, dem Bündnis

Zivilcourage und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ins Eine-Welt-Haus nach München.

Steven Druker ist Rechtsanwalt und streitet seit vielen Jahren in den USA für einen verstärkten Verbraucherschutz bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Seine 1998 eingereichte Klage zwang die US Lebensmittelsicherheitsbehörde (Food and Drug Administration, FDA) dazu, ihre Daten zu gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln offenzulegen. Dadurch wurde deutlich, dass Verwaltungsbeamte für die schnelle Einführung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln die ausdrücklichen Warnungen ihrer eigenen Wissenschaftler zu den außergewöhnlichen Risiken vertuscht und fortwährend die Tatsachen falsch dargestellt haben.

Nach einer wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Daten veröffentlichte Druker 2015 das Buch „**Altered Genes, Twisted Truth**“ (Veränderte Gene – verdrehte Wahrheit), das im kommenden Jahr auch auf Deutsch erscheinen wird. Darin widerlegt er minutiös die Behauptung, es gebe einen wissenschaftlichen Konsens über die Harmlosigkeit und Nützlichkeit von gentechnisch veränderten Produkten. Er widersprach auch zunächst der vor allem bei Gentechnik-Befürwortern beliebten Ansicht, die Ablehnung von Gentechnik sei lediglich emotionsgesteuert und von irrationalen Ängsten getrieben, jedenfalls nicht wissenschaftlich fundiert.

In seinem Vortrag, den Walter Haefeker, Präsident des europäischen Imkerverbandes, übersetzte, sprach Druker von „vier Erkenntnissen“, die ihn beim Schreiben dieses Buchs geleitet haben:

1. Die Herstellung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ist risikobehaftet
2. Das höhere Risiko überträgt sich auch auf die Lebensmittel selbst und ihre Verbraucher
3. Die Sicherheit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ist nie sauber belegt worden
4. Einige gentechnisch erzeugte Lebensmittel haben sich bereits als gefährlich herausgestellt.

Seine Recherchen ergaben, dass gegenteilige Ergebnisse von der FDA nicht nur ignoriert, sondern auch attackiert bzw. Fakten schon routinemäßig verdreht dargestellt wurden.

Druker verglich zunächst Softwareentwicklung mit biotechnologischen Verfahren und stellte fest, dass im Bereich der Softwareentwicklung wesentlich sorgfältiger gearbeitet würde, um Risiken auszuschließen. Sowohl in der Softwareentwicklung als auch bei Bio-Tech-Verfahren werde aber „linear“ gearbeitet, das heißt, man habe immer nur den nächsten Schritt im Blick. Biologische Systeme seien aber nicht linear, sondern höchst komplex – zu komplex, um sie restlos zu verstehen und die Auswirkungen auf den gesamten Organismus abschätzen zu können. Ein Eingriff an einer Stelle kann ungeahnte Folgen an anderen haben mit wesentlich gravierenderen Ergebnissen für die Betroffenen.

Auch beim „Genom Editing“ (Crispr/Cas9, „Genschere“) stellte er klar, dass es sich hierbei nicht – wie bei sonstigen „editorischen“ oder redaktionellen Arbeiten, etwa bei Veröffentlichungen, an die sich der Begriff anlehnt – um einzelne Eingriffe handle, sondern dass auch, wenn kein transgenes Verfahren angewendet würde, die Konsequenzen unabsehbar seien (*NB: Ein Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 18.7. scheint diese Befürchtungen zu bestätigen*). Ein großes Versäumnis sah Druker in der fehlenden Kennzeichnungspflicht in der EU von tierischen Lebensmitteln, wenn Tiere gentechnisch verändertes Futter erhalten hätten wie Soja oder Mais. Durch die mögliche Bewertung des EuGH der Methode Crispr/Cas 9 als „natürliche

Züchtungsmethode“ steht zudem erneut die Gefahr im Raum, dass das bisher in der EU geltende Vorsorgeprinzip ausgehebelt werden soll.

In der anschließenden Diskussion, die Rosi Reindl von der AbL moderierte, kamen grundsätzliche Fragen zur Sprache, auf die Druker ebenso kenntnisreich wie auch humorvoll einging. Angesichts der Betonung der wissenschaftlichen Seite kam die Frage, wie denn politisch mit der Verquickung von Wirtschaft und Politik im Bereich der grünen Gentechnik umgegangen werden sollte, zunächst etwas zu kurz, wurde dann aber dennoch kontrovers diskutiert. Fazit: Es sei nicht nur Sache der Verbraucher, durch Konsumverweigerung dafür zu sorgen, dass GVO-Lebensmittel aus den Regalen verschwinden bzw. ein Anbau von GVO-Pflanzen verhindert werde, sondern es müsse nach wie vor auch auf die Politik eingewirkt werden, entsprechende gesetzliche Vorgaben zu machen. Zum einen bei der Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Lebensmittel, die durch Fütterung von GVO-Futter erzeugt würden, aber auch durch Aufklärung und öffentlichen Druck, wie er beispielsweise durch das Bündnis Zivilcourage im Jahr 2009 in der Rosenheimer Inntal-Halle mit Vandana Shiva und rund 4000 Mitstreitern aus ganz Bayern organisiert wurde. Letztlich führte dieser Protest zum Umschwenken der bayerischen Staatsregierung, die seitdem die grüne Gentechnik für Bayern ablehnt. Das gilt auch für die bevorstehende Entscheidung des EuGH zur Bewertung von „Crispr/Cas9“. Ein langer Atem und Zivilgesellschaftliches Engagement werden deshalb auch im Hinblick auf die bevorstehenden Entscheidungen und Entwicklungen weiter erforderlich sein, aber die Ausdauer lohnt sich, wie die bisherigen Ergebnisse zeigen.

Johannes Bucej